

Redebeitrag

Plenum, 21.09.2015

Rede zur Regierungserklärung vom 15.09.2015

-Michael Balter-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Kollegen und Kolleginnen,

Ergänzend zu dem was meine Kollege gesagt hat, möchte ich noch folgendes hinzufügen.

Die Flüchtlingsproblematik ist keine Krise –
Es ist ein Dilemma,
eine Dilemma und eine Prüfung für ganz Europa.

Das Schengener Abkommen wird in Frage gestellt und verschiedene Länder haben Grenzkontrollen wieder eingeführt und selbst Belgien wird zumindest in Grenznähe Kontrollen wieder durchführen.

Dabei war dies alles absehbar.

Hat sich schon mal jemand die Frage gestellt warum in den letzten Wochen schlagartig hunderttausende nach Europa strömen, obwohl es keine plötzliche Naturkatastrophe gab und der Krieg in Syrien schon seit mehr als 4 Jahren im Gange ist?

Und was hat das alles mit dem arabischen Frühling zu tun und mit dem Sturz Gaddafis in Libyen, und mit dem letzten Golfkrieg.

Ich empfehle Ihnen, um ein besseres Verständnis für die Hintergründe zu bekommen, das Buch von Michael Lüders:

„Wer den Wind sät“: Was westliche Politik im Orient anrichtet.

Es liest sich wie ein Polit-Thriller - nur leider beschreibt es die Realität.

Ich persönlich hab die feste Überzeugung, dass geopolitische Entscheidungen von Großmächten selten zufällig geschehen.

Roosevelt hat einmal gesagt:

„In der Politik geschieht nichts zufällig! Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auf diese Weise geplant war!“

Und in diesem Zusammenhang bin ich froh, dass Herr Paasch in seiner Regierungserklärung zumindest in einem Nebensatz den Einfluss der USA nicht verschwiegen hat.

Heute Morgen sprach ich noch mit Jemandem, der in den letzten Wochen in Ungarn und Österreich war.

Furchtbar, menschliches Leid und total überforderte Sicherheits- und Rettungskräfte.

Und ich denke, da läuft noch was anderes und dies ist nicht das Ende, nein es ist der Anfang einer ganz großen Herausforderung für uns alle.

Ich will kein Szenario herauf beschwören, aber alle Zeichen der Zeit sind deutlich.

Meine Damen und Herren,

abgesehen von diesem Dilemma, welches Europa auf die Probe stellt und die Tagespolitik und die Medien füllt, habe ich den Eindruck, dass andere, ebenfalls bedeutsame Themen in den Hintergrund gestellt werden –

Niemand redet mehr über die EURO Krise?

Was ist mit dem TTIP, oder mit anderen Abkommen, ist jetzt der Moment gekommen im stillen Kämmerlein Gesetze und Verträge abzuändern, weil das Flüchtlingsthema alles überdeckt

und weil sich die Bürger Europas streiten und gegenseitig anfeinden, da ein neues verstärktes Rechts-links Denken, mit radikalen Tendenzen entsteht.

Ein Volk das sich schlägt, kann sich nicht verteidigen.

Denken Sie mal darüber nach.

Bis vor wenigen Monaten hieß es nur sparen, sparen, sparen. Steuern wurden erhöht und Renten gekürzt.

Und heute hört sich das etwas anders an.

Herr Paasch sagte Belgien sei ein reiches Land und könnte eine weitere Migration verkraften.

In seinem ersten Interview, vor drei Wochen, ging er kaum auf die Bedenken der Bevölkerung ein, in seiner Regierungserklärung war er da schon etwas klarer.

Vielleicht haben unsere Pressemitteilungen Wirkung gezeigt.

Nun zu den anderen Elementen der Regierungserklärung 2015.

Da war es wie immer,
es ähnelt dem was sein Vorgänger uns so erzählte,
und es gleicht dem was wir sonst so von dieser Regierung hören.

Aber es ähnelt bei weitem nicht dem was die Menschen da draußen erleben, was sie sehen,...

Was da draußen alles geschieht...

Mit da draußen meine ich die Realität, abseits von den politischen Floskeln der Mehrheit welche man hier drinnen hört.

Und es wird mehr und mehr Bürgern bewusst, dass das da „draußen“ immer weniger mit dem hier „drinnen“ zu tun hat.

Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen anhand von Zahlen und Fakten klar belege, dass das was die Regierung uns erzählt selten etwas mit dem zutun hat wie es in Wirklichkeit ist.

Sie kennen ja mittlerweile alle den Richtsatz, den Leitfaden welchen man sich immer vor Augen führen sollte wenn man den Ministern zuhört:

„Bedeutsam ist nicht das, was Regierungsmitglieder uns erzählen, bedeutsam ist das was sie uns verschweigen.“

Fangen wir ganz einfach mal mit ein paar Zahlen an, welche Herr Paasch so gerne ignoriert, verschweigt, oder über welche er nicht reden möchte.

Am besten beginnen wir mit den Verpflichtungen der DG.

Wenn der zuständige Finanzminister in seiner Regierungserklärung kein Wort verliert über den Allzeit Höchststand der Schuld der DG, dann sollte dies einen aufhorchen lassen.

Denn Schulden sind wie eine Last, die einen schnell zu Boden drücken kann, oft erkennt der Schuldner zu spät wenn es soweit ist, oft redet er sich selbst die Lage schön, oft ist er nur damit beschäftigt neue Schulden anzuhäufen, anstatt sich und sein Handeln in Frage zu stellen.

Parallelen zur Regierung sind bei dieser Aufzählung nicht zufällig oder gewollt, nein sie sind Realität.

In meiner Jungfernrede, heute genau vor 6 Jahren, hatte ich einige Zahlen und Prognosen zur Verschuldung der DG angesprochen. Als Karl-Heinz Lambertz die Regierung 1999 übernahm lag die Schuld der DG bei 31,7 Millionen Euro, das waren noch Zeiten!

Ich ging anhand der Zahlen welche mir damals vorlagen von einer Gesamtverschuldung für das Jahr 2015 von ca. 370 Millionen Euro aus.

Ich lag damit gar nicht mal so falsch.

Ich hatte vor kurzem nochmals der Klarheit halber, nachgefragt.

Es handelt sich um die Schriftliche Frage Nr. 49

Demnach belaufen sich die Gesamtschulden der DG zum 30-06-2015 auf mehr als 387 Millionen Euro.

Natürlich erkennt man diese Zahl nicht auf den ersten Blick, wie mündlich so wird auch schriftlich einiges verborgen –

Denn die Regierung, wie andere Gliedstaaten auch, benutzt den Begriff, anrechenbare Schuld.

Es handelt sich dabei um EU Vorgaben um die Bilanz der Staaten zu verschönern und die wahre Höhe der Schulden zu verbergen und um die Staaten dazu zu ermuntern Projekte gemeinsam mit privaten Gläubigern zu machen und Privatisierungen voran zu treiben.

Die Handschrift der Verantwortlichen ist hier klar erkennbar.

Und meine Damen und Herren, wenn erst einmal die neuen Buchhaltungsregeln für die Gemeinden voll greifen, also die SEC Normen, dann kann das noch ganz schön werden, ja dann bin ich mal gespannt, was in der Wallonischen Region, ja was in Belgien so alles privatisiert wird.

Ich muss ihnen zugestehen, vor 15 Jahren hab ich noch gedacht, dass es vernünftig wäre verschiedene staatliche Betriebe zu privatisieren, denn das Beamtentum und der fehlende wirtschaftliche Anreiz führen zu einer Lethargie bei den Dienstleistungen und Betrieben der öffentlichen Hand mit immens hohen Kosten für die Allgemeinheit.

Ich habe mich teilweise geirrt.

Es macht Sinn, dass in gewissen Bereichen wirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt werden und so wie in einigen staatliche Betrieben gearbeitet wurde, so konnte es nicht weitergehen, aber was die EU jetzt vorhat, ist was ganz anderes. Von einem Extrem ins nächste. Auch hier ist klar die Handschrift der Konzern-Lobbyisten zu erkennen.

Dass die klassische Politik diesen Lobbyismus immer noch so hinnimmt und nicht erkennt oder uns verschweigt was hinter den Kulissen so läuft, das kann man mit einer Parabel vergleichen, und diese passt auch zu den Beziehungen Belgiens und der EU zu den USA.

Es ist wie die Schafe die meinen, dass der Hund des Hirten ihr Freund ist und nichts mit dem Schäfer zu tun hat.

Und wenn denn mal ein Schaf dies in Frage stellt und sagt:
„Glaubt mir, der Hund und der Schäfer die arbeiten zusammen.
Und eines Tages werden wir alle geschlachtet.“
Dann wird dieses Schaf ausgelacht.

Dabei ist genau dies, etwas überspitzt gesagt, die Realität.
Denn die EU und die Konzerne haben nie etwas im Sinne gehabt zum Wohle der Bürger, nein es geht nur darum die Profitgier der Konzerne zu befriedigen. Genauso wenig wie die USA nie im Nahen Osten Frieden sichern wollten.

Und wie im Bettlergehorsam reihen sich hier alle klassischen Politiker ein und helfen wo sie können und jeder der dies in Frage stellt wird gebrandmarkt und als Populist oder Extremist dargestellt.

Zurück zu den Schulden der DG -

Die DG hat also mehr als 387 Millionen Euro an Verpflichtungen.

In Anbetracht dieser Zahl, welche in etwa 146 % der Gesamteinnahmen der DG darstellt, ist es umso erstaunlicher, dass Herr Paasch davon spricht
Zitat: „wir werden in dieser Legislaturperiode also die Grundlage schaffen, dass die DG dauerhaft mit ihrem Einkommen auskommen kann.“

Meine Damen und Herren,

eigentlich etwas ganz normales, dass man mit dem auskommt was man hat, nur nicht für den zuständigen Finanzminister, noch für andere Vertreter seiner Zunft. Er formuliert dies dann so, als ob dies eine Errungenschaft sei, wenn ihm dies in einigen Jahren denn gelingen würde.

Was der zuständige Finanzminister mit der angesprochenen „strikten Haushaltsdisziplin“ meint ist auch so eine Frage.

In schlecht vorbereiteten Sonntagsreden, hört man schon mal ähnliches.

Wobei alleine die Erwähnung darauf hindeutet, dass es keine Haushaltsdisziplin in der DG gab und gibt.

Und wenn man die Zahlen anschaut, gleicht dies einem Hohn auf die Realität:

Hier einige Fakten:

Gegenüber 2013 hat die Regierung ihr eigenes Budget um 420.000,- Euro erhöht.

Für das Ministerium gibt es eine Erhöhung der Personalmittel gegenüber 2013 von 1,7 Millionen Euro.

Und für das Parlament eine Erhöhung gegenüber 2013 von 500.000,- EURO.

Keine einmaligen Kosten, sondern überwiegend Personalkosten, indexiert ergibt dies auf die gesamte Legislaturperiode eine Summe von fast 15 Millionen Euro. Nur an neuen Verwaltungskosten.

Anstatt zu überprüfen, welche Dienste man besser strukturieren könnte, werden überall neue Leute eingestellt.

Soviel zum Thema Haushaltsdisziplin!

Ein weiteres Element, welches man immer wieder hört und welches wir immer wieder anhand von Zahlen wiederlegen, ist die Annahme wenn eine neue Zuständigkeit zur DG kommt, dass hierzulande das maßgeschneidert und besser ausgeführt wird als dies vorher der Fall war.

Nun, manchmal ist es auch nicht schwierig es besser zu machen als zum Beispiel die Wallonische Region dies so macht, aber daran will man sich ja nicht messen lassen, und teilweise ist es besser hier vor Ort etwas gezielt für die Bürger zu unternehmen, aber dies kann man nicht verallgemeinern.

Und deshalb sollte man Äußerungen, wie die von Herrn Paasch zu den bedeutenden Zusatzmöglichkeiten für die Beschäftigungspolitik ab 2016, mit Vorsicht hinnehmen.

Sein Vorgänger war bei Zuständigkeitsübertragungen seitens der Wallonischen Region, noch weitaus euphorischer, und zelebrierte dies teilweise so als ob dies von nun ab für die Menschen der DG, spürbar besser würde.

„Die Bündelung der verschiedenen Kompetenzen wird fruchtbare Diskussionen und eine optimale Verwaltung des Arbeitsamtes ermöglichen.“
Sagte er vor 15 Jahren.

Vor 6 Jahren hatte ich anhand von Statistiken und klaren Zahlen belegt, dass sich dies nicht so fruchtbar entwickelt hat.

Und wenn man sich die aktuellen Zahlen anschaut, dann ist keine Trendwende in Sicht, trotz der angedachten optimalen Verwaltung des Arbeitsamtes.

Im Bericht des Arbeitsamtes zu den Zahlen für das Jahr 2014 ist festzuhalten, dass auf Jahresbasis 2014 ein neuer Höchststand erreicht wurde.

Und dieser ist damit im Durchschnitt stärker angestiegen als in der Wallonie oder in Brüssel. Wobei man fairnesshalber erwähnen sollte, dass in Flandern der Anstieg noch höher war als hier.

Kommen Sie mir bitte nachher nicht damit, das hätte mit Statistiken und Neubewertungen oder ähnlichem zutun.

Wir haben einfach nicht genügend bezahlbare Arbeit, das ist alles, und da helfen uns auch keine Statistiken und Analysen weiter.

Seit 15 Jahren ist die DG für das Arbeitsamt zuständig, jetzt kommen in diesem Bereich neue Zuständigkeiten und ja man könnte hier eine andere bessere Art der Beschäftigungspolitik machen und nicht nur, wie es bisher der Fall ist, zu verwalten anstatt zu gestalten.

In der Regierungserklärung geht Herr Paasch auf die zusätzlichen Möglichkeiten ein. Er zählt einige Beispiele auf, wie die mögliche Reduzierung von Arbeitgeberlasten oder Beschäftigungsprämien.

Als ehemaliger Beschäftigungsminister müssten Sie wissen, dass es bereits seit Jahren Kataloge voll von Prämien und Maßnahmen gibt, die alle dazu geführt haben, dass wir im Jahre 2014 einen Höchststand der Arbeitslosenzahlen erreicht haben. Beziehungsweise dies nicht verhindern konnten.

Meine Damen und Herren, hier sind keine Schrauben zu drehen, hier ist ein Neubeginn notwendig!

Und ja, wir würden Sie mal gerne loben und nicht immer nur kritisieren, wie wir es fast immer mit Ihrem Vorgänger machen mussten.

Herr Paasch geht in seiner Regierungserklärung auf einige Elemente und Zuständigkeitsübertragungen durch die Staatsreform ein.

So u.a. zur Seniorenpflege.

In den letzten Jahren haben wir mehrfach auf Alternativen in diesem Bereich hingewiesen und aufgrund der Wichtigkeit dieses Themas werden wir in Kürze einen Resolutionsvorschlag einreichen, der direkt hiermit zu tun hat.

Es geht um die Unterstützung der Einführung von Seniorengenossenschaften.

Wir hoffen hierzu auf parteiübergreifendes Interesse und auf zielführende Diskussionen im zuständigen Ausschuss.

Übrigens in mehreren deutschen Bundesländern wird diese Form der alternativen Seniorenpflege von Seiten der Regierungen aus gefördert.

Meine Damen und Herren,
erlauben Sie mir eine Anmerkung zur Arbeit und zu den Vorschlägen der Vivant-Fraktion.

Wie bereits in der vergangenen Sitzungsperiode so werden wir auch in der kommenden Sitzungsperiode sachliche Vorschläge machen und Alternativen aufzeigen.

So werden wir noch in diesem Herbst zwei Resolutionsvorschläge einreichen, einen bezüglich der Unterstützung der Einführung von Seniorengenossenschaften, wie soeben erwähnt und einen an den Föderalstaat und an die Wallonische Region bezüglich der Einführung von Komplementärwährungen zur Unterstützung der Investitionsmöglichkeiten der Gliedstaaten und der Gemeinden.

Gerade bezüglich des Straßenbaus und der Abwasserklärung gibt es einen enormen Investierungsbedarf und hier sind aufgrund der leeren öffentlichen Kassen Alternativen zur Finanzierung gefragt, ohne dass dies zu einer Privatisierungswelle führt.

Gleichzeitig könnten so Arbeitsplätze geschaffen werden. Arbeit ist übrigens genug da, nur keine bezahlbare.

Herr Paasch sagte in seiner Regierungserklärung:

Wie möchten die neuen Zuständigkeiten nicht nur nutzen, um zu verwalten sondern um zu gestalten.

Belassen Sie es nicht bei dieser Aussage, sondern lassen Sie den Worten Taten folgen. Enttäuschen Sie uns und die Bürger der DG nicht.

Wir werden wachsam bleiben und auch Ihnen Ihre Taten oder Ihre Untaten immer wieder ins Gedächtnis rufen.

Ich danke ihnen für Ihre Aufmerksamkeit -